

# Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Herausgeber: Kurt Drexler Nr. 21207

Verlag: Koberke: Elbgaupresse Blasewitz

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden  
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobrig, Wachwitz, Niederpöritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld  
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkwitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.—, ausschließlich Postgebühren;  
durchboten frei ins Haus vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—;  
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8.40, monatlich 2.80.

Blasewitz  
Sonntag, 20. Juni 1920.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum  
1.— Mark, im Tertiale die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und  
schwierigeren Satz 50% Aufschlag.  
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

### Die Politik der verflochtenen Woche.

Während der ganzen Woche hatten wir eine Ministerkrise und während dieser Zeiten am Freitag geschrieben wurden, war sie noch nicht beendet, dürfte sie aber jetzt durch Neubildung des Kabinetts unter Führung des Zentrumsvizepräsidenten Lehrenbach einmündig erledigt sein. Am verflochtenen Sonntag hatte der Reichspräsident dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Staatsminister a. D. Dr. Heineke, die Kabinettsbildung übertragen, derselbe mußte aber sein Mandat wieder in die Hände des Reichspräsidenten zurückgeben, weil die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, die Deutsche Volkspartei zu unterstützen. Nunmehr übernahm der Abg. Trimborn die Kabinettsbildung und wollte den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, als Reichskanzler haben. Dieser lehnte aber ab und schließlich griff man wieder auf Lehrenbach zurück. Inzwischen hatte man auch wieder mit der Deutschen Volkspartei verhandelt. Ueber die statgehabten Verhandlungen muß man der Klarheit halber noch einige Worte verlieren. Der klare Entschluß, die die Auseinandersetzung zwischen dem bisherigen Reichskanzler Herrn Müller und dem führenden Unabhängigen Krispien gebracht hat und der unabweisbaren Erklärung, vor die sich die sozialdemokratische Fraktion durch den Schritt des Abgeordneten Dr. Heineke gestellt hat, ist ein Zwischenspiel abgelaufen, das an Klarheit zu wünschen übrig ließ. Am Mittwoch ging durch einen Teil der Berliner Presse die Behauptung, es sei durch die Bemühungen des Abg. Dr. Trimborn eine Regierungsbildung zwischen dem Zentrum, der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei zustande gekommen. Diese Meldung war unzutreffend. Da es sich hierbei um Fragen handelt, die für die Deutsche Volkspartei grundsätzlicher Natur sind, so verdienen die Vorgänge eine nähere Beleuchtung, gleichviel, welches die weitere Entwicklung sein wird. Die Bemühungen des Abg. Dr. Trimborn liefen am Mittwoch darauf hinaus, die Deutsche Volkspartei für ein Zusammengehen mit der Demokratischen Partei und dem Zentrum zu gewinnen, und zwar auf Grund der Zusicherung, daß für das Ministerium des Auswärtigen Amtes und für das Reichswirtschaftsministerium Fachleute in Aussicht genommen seien und daß ein weiteres Regierungsamt, das Reichsjustizministerium, mit einem Politiker der Deutschen Volkspartei besetzt werden sollte. Auch die Jagdminister wurden der Deutschen Volkspartei „angegeschrieben“, da sie ihr angeblich nahestanden. Im übrigen rief die Liste, die Herr Trimborn zusammengestellt hatte, im wesentlichen Anhänger des Zentrums und der Demokratischen Partei auf. Die Deutsche Volkspartei sah sich außerstande, auf diese Kombination einzugehen. Sie hat stets betont, daß sie zur positiven Mitarbeit unter bestimmten Voraussetzungen bereit sei, daß sie indessen zweifelhafte Lösungen nicht zu decken vermöge. Eine solche Lösung war die Kombination, die am Mittwoch auftauchte. Es läßt sich der Fall denken, daß man ein Arbeitsministerium aus lauter Fachleuten zusammensetzt. In diesem Falle müßten sämtliche Parteien, die dieses Arbeitsministerium unterstützen, in der Regierung durch politische Minister ohne Parteifarbe gleichmäßig vertreten sein. Wird aber ein parteipolitisches Kabinett gebildet, so ist es selbstverständlich, daß alle daran beteiligten Parteien auch gleichberechtigt vertreten sind. Ein von anderen parteipolitisch zusammengesetztes Kabinett, in dem man der Deutschen Volkspartei zwei Jagdminister „aufschreibt“ und außerdem einen politischen Minister zubilligt, wäre eine Halbheit gewesen, deren Kosten allein die Deutsche Volkspartei zu tragen gehabt hätte. Es wäre ihr unmöglich gewesen, ihren Einfluss in dem Kabinett so zur Geltung zu bringen, daß sie auch die Verantwortung tragen könnte. Sie konnte sich deshalb nicht durch die Beteiligung eines ihrer politischen Führer in dem Kabinett für eine Politik verantwortlich machen lassen, deren Kurs im wesentlichen die beiden anderen Parteien, kraft ihres Uebergewichtes im Kabinett bestimmen hätten. Aus diesen Gründen ist die Deutsche Volkspartei am Mittwoch auf die damals gegebene Kombination nicht eingegangen. Das Angebot, das sie am Donnerstag erhielt, ging dann auch von ganz anderen Voraussetzungen aus und führte zu der bekannten Erklärung der Deutschen Volkspartei. Genannte Partei ist bereit, an dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches mitzuarbeiten, ohne jedoch ihre Grundzüge aufzugeben. — Auf den 24. Juni hat Präsident Lehrenbach den ersten Reichstag der deutschen Republik einberufen. Ein Gedanktag, denn am 12. Mai die Nationalversammlung einmütig für „annehmbar“ erklärt hatte, nun doch von ihr ausgenommen. Mit Beschämung und Grimm denken wir an all die Völker, die Deutschland seitdem hat erdulden müssen. Unsere Regierung hatte den Vertrag unterschrieben und sich dadurch auch jedes Rechts wegen, über seine Auslegung mitzuspoken und so kamen immer neue Schanden hinzu, die vollständige Auslieferung der Handelsflotte, die Vernichtung jedes Luftverkehrs, die Schwierigkeiten, die man den Deutschen im Verkehr mit den früher feindlichen Staaten machte. Nur in den Fällen, die jedem bisher unter Kulturvölkern herrschenden Brauch gar zu schroff widersprachen, hatte die Bewegung des deutschen Volkes doch einen Erfolg. Niemand spricht mehr vom Prozeß gegen den Kaiser, die Annahme, daß die deutsche Regierung auf leere Schulden hin deutsche Staatsbürger fremder Mächte ausliefern sollte, mußte zurückgenommen werden, und neuerdings beginnt man endlich mit dem Abmarsch der schwarzen Truppen aus den besetzten Gebieten. Aber gerade die Lage in diesen

hat sich in diesem Jahre keineswegs zum Besseren gewandelt. Und nun droht in Spa ein neues Verstecken. Wieder wird Deutschlands Vertreter vorgeladen, um das Urteil in Empfang zu nehmen. Was man von seiner Teilnahme an den Verhandlungen wissen wollte, war Erfindung, um unserer bisherigen Regierung einen kleinen Erfolg zu verschaffen. Und Herr Hermann Müller sah mit wenig Freude diesen Tag in Spa entgegen. Er kann sich unmöglich über seine mangelnde Gewandtheit im diplomatischen Verkehr getäuscht haben. Ihm kann man daraus ja weniger einen Vorwurf machen, der Vorwurf trifft aber mit aller Schärfe ein System, das prahl, jeden Tüchtigen an seinen Platz stellen zu können und das tatsächlich zu allererst nach den wirklich im Betracht kommenden Eigenschaften fragt. Wenn nur Partei und Gewerkschaft zufrieden sind. Und um was wird es sich in Spa handeln? Ein holländisches Blatt glaubt zu wissen, daß es gilt, die deutsche Finanz- und Steuerpolitik unter die Kontrolle der Entente zu stellen. Der Friedensvertrag gibt ihr ohne Zweifel das Recht dazu. Es wurde schon, als das Reichsnoteopfer zuerst gefordert wurde, daran erinnert, daß seinen gesammelten Ertrag die Entente, wenn es ihr paßt, annehmen könnte, ohne daß Deutschland widersprechen dürfte. Damals war Erzberger Minister, und er lehnte solche törichten Bedenken mit seinem breiten Lachen ab. Er ist nicht mehr Minister, aber sein Wert besteht, eine Steuerpolitik von noch nicht dogmatischer Vermessenheit. (Glaubt die Entente, sie in Ordnung bringen zu müssen? Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt den Gedanken zwar für „indiskutabel“, aber an wie vielen Stellen hat man nicht gesehen, was vor einem Jahre nicht nur für indiskutabel, sondern geradezu für undenkbar galt! Seit am 24. Juni 1919 die Mehrheit der Nationalversammlung dem Friedensantrag zugestimmt hat, haben wir eben ausgedöhrt, einen eigenen Willen zu bekennen. Daran sollte man in jedem Augenblick denken, auch vor allem in der Stunde, in der der Reichstag mit den üblichen großen Worten eröffnet werden wird.

### Frankreichs Gewaltpolitik im Rheinland und die Folgen derselben.

Das Vorgehen der Franzosen in der von ihnen besetzten Zone läßt sich nunmehr etwas deutlicher überblicken. Was von Anfang an vermutet wurde, findet offensichtlich seine Bestätigung, daß nämlich das Vorgehen der Franzosen eine Maßregel gegen die Tätigkeit des Heimatsdienstes aufzufassen ist, dem sie Ziele unterziehen, die er tatsächlich nicht verfolgt. Sie sehen in dieser Organisation, die der Erhaltung des Deutschen im besetzten Gebiet dient, alldeutsche Bestrebungen. Es ist kein Zweifel, daß die Franzosen ganz genau wissen, daß der Heimatsdienst die Ziele einer rheinischen Republik bekämpft, und daß sie in dem Heimatsdienst also einen Widerstand ihrer Rheinlandpolitik treffen können. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Verhaftung von Arbeiterführern und Sekretären, die vielfachen Ausweisungen, die Anhängerschaft von dem Kriegsgericht und die Zensurverbote eine ganz besondere Bedeutung. Von allem wird die Behauptung der Franzosen, daß es sich um eine politische Angelegenheit handle — es kam das erst eben in ihrer zweiten Mitteilung wieder, wo sie offen ausgeben, daß es sich um Dinge des Heimatsdienstes drehe — widerlegt. Das Material haben die Franzosen bei ihrem überaus energiegelassen Vorgehen in Frankfurt durch Ausweisungen gewonnen, und auf Grund dessen jetzt ihre Aktion begonnen, die nur als ein ganz breit ausgebautes durchorganisiertes und systematisches Vorgehen bezeichnet werden kann.

Es liegen noch nachstehende Meldungen vor:  
Ludwigshafen, 18. Juni. Heute in den frühen Morgenstunden wurden von der französischen Besatzungsbehörde neue Verhaftungen von Arbeiterführern vorgenommen. Verhaftet wurden Stadtrat und Arbeitersekretär Nauendorf, E. P. D., Stadtrat Metallarbeiterverbandbeamter Fischer, E. P. D., Stadtrat und Eisenbahnerverbandbeamter Baum, U. S. P. D. Sie wurden in Autos aus der Stadt weggeführt. Heute früh ist eine größere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren in Ludwigshafen eingerückt. Die Lage hat hierdurch weitere Zuspitzung erfahren.

Wannheim, 18. Juni. Der Aktionsausschuß der Pfälzer Arbeiter- und Angestelltenchaft erklärt in einem Aufruf an die Bevölkerung der Pfalz, daß alle Versuche, die Inhaftierten gegen Stellung weitestgehender Bürgerrechte freizubekommen, von den Franzosen abgelehnt worden seien. Für die Pfälzerbewohner gebe es nicht anderes mehr, als durch eine einheitlich geschlossene Kundgebung den Besatzungsbehörden gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie nicht gewillt sind, derartige Maßnahmen widerstandslos sich gefallen zu lassen. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft habe deshalb beschlossen, am Freitag nachts 12 Uhr bis einschließlich Sonnabend nachts 12 Uhr die Arbeit ganz ruhen zu lassen. Diese Kundgebung soll den Zweck erfüllen, nicht nur die Augen Deutschlands, sondern ganz Europas auf die unerträglichen Verhältnisse, wie sie durch die Besetzung insbesondere in der Pfalz hervorgerufen worden sind, hinzuwirken. Die Franzosen begründen die Verhaftung mit Spionage und Organisation eines Aufstandes gegen die Besatzungsbehörden, wofür die Militärgerichte die Beweise in den Händen hätten.

Strasbourg, 19. Juni. Die Eisenbahn- und Postbeamten sowie die übrigen Staatsbeamten Elsaß-Lothringens haben nachdrücklich Protest erhoben gegen den Beschluß des französischen Ministerrates, wonach den Beamten nicht nur das Streikrecht, sondern auch das Koalitionsrecht abgeprochen wird. Sie weisen darauf hin, daß das französische Joch dem

Begriff der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Hohm spreche.  
Saarbrücken, 19. Juni. Gestern vormittag fand auf der Bergwerksdirektion Saarbrücken zwischen Vertretern der französischen Bergverwaltung und der Beamten- und Angestelltenchaft eine Besprechung statt. Die französische Bergverwaltung erklärte, ihre Regierung habe ihr den Reichsvertrag, vom 1. Juli ab die Franzosen einzuführen. Dem entsprechend wolle man auch die Beamten und Angestellten von diesem Tage ab in Franzen ausgeben. Eine bereits vorgelegte Besoldungstabelle in Franzen wurde den Vertretern bekanntgegeben. Die Vertreter der Beamten und Angestellten lezten gegen diese Maßnahme scharfen Protest ein und sprachen der Verwaltung jedes Recht ab, derartige Maßnahmen zu treffen. Sie erklärten, daß sie auf Grund der verbindlichen Gehaltsätze in Franzen in ihren Diensten eingetreten seien und die Verwaltung rechtlich die Verpflichtung habe, dabei zu bleiben. Die Vertreter erklärten weiter, über diese grundsätzliche Frage nicht verhandeln zu können. Sie müßten wenigstens acht Tage Zeit haben, um mit der Beamtenchaft Rücksprache zu nehmen. Darauf wurde die Besprechung einmütig vertagt.

### Noch keine endgültige Klärung.

Von innerpolitischen Vorgängen ist Neues bisher nicht zu melden. Die Entscheidung über die nächste Zukunft liegt augenblicklich bei den Demokraten, die am Freitag morgen zu einer Fraktionsberatung zusammengetreten sind, ihre Beratungen bisher aber noch nicht abgeschlossen haben. Für die Demokraten liegt die Schwierigkeit darin, daß sie sich durch die Erklärung Dr. Petersens einermäßig festgelegt haben und nun den Uebergang zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit Zentrum und Deutscher Volkspartei nicht finden. Man glaubt aber in parlamentarischen Kreisen nicht, daß die Demokraten es darauf ankommen lassen können, die Möglichkeit eines solchen Blokes der Mitte scheitern zu lassen. Nebenbei geben die Besprechungen Lehrenbachs auch mit den Sozialdemokraten weiter, die jetzt wohl endgültig ein Wiederaufleben der alten Koalition abgelehnt haben, die aber dafür gewonnen werden sollen, daß sie in der ersten Abstimmung nicht gegen die Vertrauenskundgebung stimmen. Wie man aus Berlin meldet, tritt heute, Sonnabend, vormittag 10 Uhr die Demokratische Partei zu einer neuen Sitzung zusammen, so daß dann die Entscheidung fallen dürfte, ob die Demokraten sich an der Regierung beteiligen oder nicht. Im Zentrum herrscht große Erbitterung über das Verhalten der Demokraten und man ist der Ansicht, daß, wenn die Demokraten eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, Lehrenbach sein Mandat in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen soll.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begründet in einem langen Aufruf seine Weigerung, an der Neubildung der Regierung in irgend einer Form teilzunehmen. Es beschuldigt die bisherige Koalitionsregierung des Gaukelspiels gegenüber den Ertrungenskräften der Revolution, und führt aus, daß einige unabhängige sozialdemokratische Minister auf seinem für die Partei wichtigen Gebiete etwas Durchgreifendes erreichen könnten. Auch eine bloße Koalition mit den Rechtssozialisten käme für die Unabhängigen nicht in Betracht, solange deren Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaften der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauten, so lange deren politische Führer an der formalen Demokratie und an der Koalitionspolitik festhielten. Die rechtssozialistische Partei wird dafür verantwortlich gemacht, daß es immer wieder zu Blutopfern, zu Räten und Entbehrungen für das deutsche Proletariat gekommen sei. Dieser kapitalistischen Regierung gegenüber würde die U. S. P. D. innerhalb und außerhalb des Parlaments in entschiedener Kampfstellung verharren, wie sie die Diktatur des Proletariats aufzurichten könne. — Dazu meldet man noch aus Berlin: Der „Vorwärts“ setzte sich in längerer Ausführungen mit der heute früh veröffentlichten Erklärung der „Freiheit“ „Warum geht die U. S. P. D. nicht in die Regierung“ auseinander. Insbesondere wendet er sich gegen die Behauptung, daß in Deutschland eine Koalitionsregierung auf die Dauer unmöglich sei, die sich aus Vertretern der kapitalistischen Klasse und aus Vertretern der Arbeiterklasse zusammensetze, und stellt demgegenüber fest, daß in Deutschland die Sozialdemokraten, die dort den Unabhängigen sehr nahe stehen, sogar mit christlichsozialen Antisemiten in einer Regierung sitzen, weil unter den gegebenen tollen Verhältnissen eine andere Regierungsabildung eben nicht möglich sei. Die Auseinandersetzung schließt mit folgenden Worten: „Die U. S. P. hat bei einem Teil der Arbeiter Vertrauen gefunden, aber sofort bewiesen, daß sie dieses Vertrauen nicht verdient. Die Arbeiter haben ihr Mandate gegeben und sie sagt kläglich: „Ich kann damit nichts anfangen“. Die Arbeiter aber zuden die Achseln und sagen: „Einmal und nicht wieder.“

Deute liefen noch nachstehende Meldungen ein:  
Berlin, 19. Juni. Die Vertagung der Entscheidung der Krise wurde durch die Demokraten veranlaßt. Die Aussprache, die sie gestern vormittag hatten, war sehr lebhaft. Einer ihrer Vorschläge lief laut „Berl. Tagbl.“ darauf hinaus, daß sie, die Demokraten, nicht selbst in das Kabinett eintreten, dafür aber sich verpflichten, einem aus Zentrum und Deutscher Volkspartei gebildeten Kabinett unter Wahrung ihrer politischen Grundzüge ihre parlamentarische Unterstützung zu leisten. Diesen Vorschlag erklärten die Herren Lehrenbach und Trimborn unter keinen Umständen annehmen zu können. Sie würden nicht mit der deutschen Volkspartei allein eine